

NIEDERSCHRIFT

über die **22.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **24.08.2016**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 17:30 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Harald Holler
Anwesend ab 16:45 Vertretung für Herrn Jün-
gerkes
11. Herr Dieter Jüngerkes
Vertretung Für Herrn Udo Bartsch
12. Herr Christian Stupp
13. Herr Rainer Thiel MdL

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

14. Herr Erhard Demmer
15. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **FDP-Fraktion**

16. Herr Rolf Kluthausen

• **Die Linke-Fraktion**

17. Frau Kirsten Eickler

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

18. Herr Carsten Thiel

• **Gäste**

19. Herr Schmidt

• **Verwaltung**

20. Herr Robert Abts
21. Herr Dezernent Bijan Djir-Sarai
22. Herr Dezernent Ingolf Graul
23. Herr Elmar Hennecke
24. Herr Benjamin Josephs
25. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
26. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
27. Herr Marcus Temburg
28. Herr Harald Vieten
29. Herr Urban Wahlen
30. Frau Astrid Zielke

• **Schriftführerin**

31. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
1.1.	Anträge zur Tagesordnung.....	6
2.	Vereidigung des stellvertretenden Mitgliedes des Kreisausschusses Christian Stupp und Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten.....	6
3.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	7
3.1.	Jugendhilfeausschuss am 16.06.2016.....	7
4.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	7
4.1.	Krankenhausausschuss am 20.06.2016.....	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Juli/August 2016 Vorlage: 61/1487/XVI/2016.....	7
6.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Juli/August 2016 Vorlage: 61/1488/XVI/2016.....	8
7.	Metropolregion Rheinland Sachstandsbericht Vorlage: 61/1501/XVI/2016.....	9
7.1.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 24.08.2016 zum Thema "Satzung Metropolregion".....	10
8.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Berichtszeitraum Juli, August 2016 Vorlage: ZS5/1496/XVI/2016.....	11
9.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1491/XVI/2016.....	11
10.	Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: II/1498/XVI/2016.....	11
11.	Sachstandsbericht zur Wohnungsbedarfsanalyse im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: II/1502/XVI/2016.....	12
12.	Beitritt des Rhein-Kreises Neuss als Träger der mit Wirkung zum 01. Januar 2017 in Kraft tretenden rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit der Bezeichnung „d-NRW AöR“ Vorlage: VI/1452/XVI/2016.....	13
13.	Anträge.....	13
13.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 02.08.2016 zum Thema "Auswirkungen des Brexit auf die Wirtschaftlichkeit im Rhein-Kreis Neuss und diesbezügliche Anforderungen an die Kreiswirtschaftsförderung" Vorlage: ZS5/1492/XVI/2016.....	13
13.2.	Resolution der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 11.08.2016 zum Thema "Abschaffung des Kommunal-Soli" Vorlage: 010/1508/XVI/2016.....	14

13.3. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 17.08.2016 zum Thema "Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen!"	15
13.4. Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2016 zum Thema "Olympia"	15
14. Mitteilungen	16
15. Anfragen	17
15.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2016 zum Thema "Förderprogramm Zukunftsnetz Mobilität NRW"	17

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu Top 11 „Sachstandsbericht zur Wohnungsbedarfsanalyse im Rhein-Kreis Neuss“	- Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/>
zu Top 13 „Anträge“	- 13.3 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 17.08.2016 zum Thema „Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen!“ <input checked="" type="checkbox"/> - 13.4 Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion SPD vom 23.08.2016 zum Thema „Olympia“ <input checked="" type="checkbox"/> - 13.5 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 24.08.2016 zum Thema „Satzungsänderung Metropolregion Rheinland“ <input checked="" type="checkbox"/>
zu Top 15 „Anfragen“	- 14.1 Anfrage der Kreistagsfraktion B'90/Die Grünen vom 17.08.16 zum Thema „Förderprogramm ‚Zukunftsnetz Mobilität NRW‘“ <input checked="" type="checkbox"/>
zu TOP 4 nÖ „Auftragsvergaben“	- 4.3 Neubau Kreisarchiv Dormagen-Zons, Vergabe des Auftrages Außenanlagen <input checked="" type="checkbox"/> - 4.4 Seniorenhaus Korschenbroich, Umgestaltung Gesamtanlage, Vergabe des Auftrages MSR- Technik <input checked="" type="checkbox"/>

Die mit versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

1.1. Anträge zur Tagesordnung

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erklärte, dass der Antrag der CDU-/FDP-Kreistagsfraktionen vom 17.08.2016 zum Thema „Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen“ verfristet sei und beantragte darüber abzustimmen, ob der Antrag auf die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Zudem teilte Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich mit, dass eine Dringlichkeit zu diesem Thema aktuell nicht gegeben sei.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel zeigte sich über die Frage verwundert und schilderte, dass sich der Kreisausschuss mit der Aufnahme von Anträgen auf die Tagesordnung bislang sehr kulant verhalten habe, auch wenn die 10 Tagesfrist nach § 5 Abs. 1 Geschäftsordnung nicht eingehalten werde. Es wäre wünschenswert, dass diese Kulanz auch weiterhin im Kreisausschuss bestehe. Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel forderte den Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke rief zur Abstimmung über die Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung auf.

KA/20160824/Ö1.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den Antrag der CDU-/FDP-Kreistagsfraktionen vom 17.08.2016 zum Thema „Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10 Ja-Stimmen (7 CDU, 1 UWG/Die Aktive, 1 FDP, LR)
7 Enthaltungen (4 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

2. Verteidigung des stellvertretenden Mitgliedes des Kreisausschusses Christian Stupp und Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten

Protokoll:

Nach § 62 KrO NRW sind die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kreisausschusses zu Ehrenbeamten zu ernennen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die besondere Bedeutung der Kreisausschussmitglieder als Ehrenbeamte hin.

Er vereidigte den anwesenden stellvertretenden Kreistagsabgeordneten Christian Stupp als Kreisausschussmitglied durch Vorlesen folgender Verpflichtungsformel, die von dem stellvertretenden Kreistagsabgeordneten Christian Stupp nachgesprochen

wurde:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe“.

Anschließend händigte ihm Landrat Hans-Jürgen Petrauschke die Ernennungsurkunde aus.

3. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

3.1. Jugendhilfeausschuss am 16.06.2016

KA/20160824/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 16.06.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Kenntnisnahme von Niederschriften

4.1. Krankenhausausschuss am 20.06.2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich bat darum, dass Terminänderungen von Sitzungen zeitnah und möglichst mit den Mitgliedern abgestimmt werden.

KA/20160824/Ö4.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Krankenhausausschusses vom 20.06.2016 zur Kenntnis.

5. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Juli/August 2016 Vorlage: 61/1487/XVI/2016

Protokoll:

Amtsleiter Marcus Temburg erläuterte anhand einer Präsentation (s. **Anlage**) wie sich der Ausbau des Breitbandnetzes aktuell im Rhein-Kreis Neuss darstelle.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass es richtig gewesen sei, sich frühzeitig mit der Entwicklung der Breitbandverkabelung im Rhein-Kreis Neuss zu beschäftigen. Ein öffentlich geförderter Breitbandausbau käme grundsätzlich nur in so genannten „weißen Flecken“ in Betracht. Ein „weißer Fleck“ sei gegeben, wenn aktuell und innerhalb der nächsten drei Jahre kein Anbieter eine Breitbandversorgung von mindestens 30 Mbit/s im Download bereitstelle. Ziel des Rhein-Kreises Neuss sei es, im Kreisgebiet möglichst flächendeckend über verschiedene Techniken eine Anbindung von 100 Mbits/s in Download zu erreichen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel merkte an, dass die Grenze von 30 Mbit/s zu gering für eine gute Internetnutzung sei. Man solle darauf bestehen, dass sich der Grenzwert erhöhe.

Die Bedingung für einen Ausbau sei eine Beteiligung von mindestens 40 % der Interessenten, erklärte Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt. Dies sei in Korschenbroich-Glehn allerdings schwierig. Zudem seien von einem Ausbau nur Kernorte, nicht aber Außenbezirke betroffen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gab Auskunft darüber, dass derzeit durch die Verwaltung und die broadband academy Ausbauszenarien und dazugehörige Kosten erarbeitet werden. Das Ergebnis werde im nächsten Kreisausschuss am 21. September 2016 vorgestellt.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Rainer Thiel, ob ein Ausbau der Glasfaser bei einer Neuerschließung Pflicht sei, antwortete Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass der Ausbau gefordert werde, eine Pflicht dazu bestehe allerdings nicht.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler erkundigte sich, ob es Zahlen über Ausfälle des Internetnetzes gebe.

Noch gebe es keine Ausfallstatistiken, informierte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, man werde die Anregung aufnehmen und Zahlen vorlegen sobald diese vorhanden seien.

KA/20160824/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Juli/August 2016 zur Kenntnis.

6. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Juli/August 2016 Vorlage: 61/1488/XVI/2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann führte aus, dass es zurzeit Diskussionen zum Thema Quecksilberausstoß gebe. Die Stadt Grevenbroich habe zu einer Informa-

tionsveranstaltung zu diesem Thema eingeladen. Es sei verwunderlich, dass das Thema erneut aufgegriffen werde, obwohl es in den vergangenen Kreisausschusssitzungen sehr gründlich behandelt wurde.

Ausgangspunkt sei ein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten aus Hamburg, das bestimmte Thesen vertrete, referierte Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann weiter. Die Thesen seien bereits durch die Aussage des Landes NRW entkräftet worden, dass die verwendeten Daten von den Ausgangsdaten abweichen würden. Betreffende Unternehmen legten außerdem dar, dass das technische Zusammenspiel amerikanischer und deutscher Grenzwerte nicht vergleichbar sei. Man solle sich auf die Aussage der eigenen Unternehmen, dass Aktivkohle in den Rauchgasstrom eingesprüht und aus dem Labormaßstab in den Großmaßstab übertragen werde, verlassen. Es sei kontraproduktiv, durch widerlegten Thesen Unruhe zu schaffen, erklärte Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann abschließend.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer ergänzte, dass bei der Informationsveranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen auch zwei Vertreter von RWE anwesend sein werden, um über neue Erkenntnisse und Entwicklungen zu diskutieren.

Die spannende Frage laute, wie sich die Grenzwerte in Zukunft entwickeln werden, teilte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel mit. Derzeit liege der Grenzwert bei 8 Mikrogramm. RWE könne schon jetzt die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten. Es gebe eine aktuelle Diskussion in der EU, dass die Mitgliedsstaaten die Grenzwerte selbst festlegen können, solange sie zwischen 1 und 8 Mikrogramm liegen. Falls der Grenzwert bei 1 liege, wäre es undenkbar ein Kraftwerk zu betreiben. Man müsse zwischen dem gesundheitlichen Aspekt und der Kraftwerkstechnik unterscheiden.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann betonte, dass Einigkeit darüber bestehe, das möglichst wenig Quecksilber in die Atmosphäre ausgestoßen werden solle. Eine Diskussion sei aber erst angebracht, wenn es neue Erkenntnisse zu technischen Lösungen gebe.

KA/20160824/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Juli/August 2016 zur Kenntnis.

7. Metropolregion Rheinland Sachstandsbericht Vorlage: 61/1501/XVI/2016

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass die abschließende Besprechung im Lenkungsausschuss stattfinde und der Sachstandsbericht als Vorabinformation diene. Die Beschlussfassung über den Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zur Metropolregion Rheinland sei für die Sitzung des Kreistages am 28.09.2016 vorgesehen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass es noch immer ungeklärte Fragen hinsichtlich der Beteiligung der Politik, der Finanzierung und der Besetzung der Gremien gebe.

Die SPD Kreistagsfraktion werde sich dem Vorschlag anschließen, kündigte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel an. Es sei gut, dass Anregungen gemacht wurden. Diese gingen in die richtige Richtung. Es sei noch zu klären, wie viele Vertreter der Kreis entsende.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler erklärte, man habe den Antrag so frühzeitig gestellt, weil der Gewerkschaftsbund und die Umweltverbände noch nicht vertreten seien und nur Zugang durch das vom Vorstand zu bildende Kuratorium erhalten können. Dies sei nicht ausreichend.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel legte dar, dass der Strukturausschuss im Regionalrat für diese Debatte zuständig sei. Das große Problem sei die geplante Vollmitgliedschaft von Duisburg und dem Kreis Wesel, da diese gleichzeitig auch in einer anderen Region Mitglieder seien.

Das Ziel sei es, die Wirtschaft nach vorne zu bringen, stellte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel klar. Es sei zudem wichtig, dass im Kreisausschuss und im Kreistag über diese Themen referiert werde.

KA/20160824/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Metropolregion Rheinland zur Kenntnis.

7.1. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 24.08.2016 zum Thema "Satzung Metropolregion"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink empfahl lediglich den Sachstandsbericht zur Metropolregion Rheinland zur Kenntnis zu nehmen und schlug vor, die Debatte über den eingebrachten Satzungsentwurf der Kreistagsfraktion DIE LINKE erst zu einem späteren Zeitpunkt zu führen, da noch Beratungsbedarf bestehe.

KA/20160824/Ö7.1

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 24.08.2016 zum Thema „Satzung Metropolregion Rheinland“ wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Berichtszeitraum Juli, August 2016**Vorlage: ZS5/1496/XVI/2016****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke informierte, dass die Arbeitslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss im Juli 2016 saisonbedingt gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen sei.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn betonte, dass es erfreulich sei, dass die Jugendarbeitslosigkeit gesunken sei.

KA/20160824/Ö8**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Berichtszeitraum Juli/August 2016 zur Kenntnis.

9. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften**Vorlage: 50/1491/XVI/2016****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer zeigte sich darüber erfreut, dass die SGB II Zahlen deutlich zurückgegangen seien und fragte, ob die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften gleich hoch geblieben seien.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke führte aus, dass die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften erst zu einem späteren Zeitpunkt der Verwaltung vorlägen. Sobald es aktuelle Zahlen gebe, werde darüber berichtet.

KA/20160824/Ö9**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

10. Bericht zur Flüchtlingssituation**Vorlage: II/1498/XVI/2016****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke informierte darüber, dass die Firma Hydro in Grevenbroich zusätzlich 8 Flüchtlinge zu den vorhandenen Ausbildungsplätzen aufgenommen habe. Die Zusammenarbeit sei sehr gut und es sei erfreulich, dass die Integration von Flüchtlingen in die richtige Richtung gehe.

Auf Aussage von Kreistagsabgeordneter Kirsten Eickler, dass der Stundenlohn der

Flüchtlinge zu niedrig sei, erläuterte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass die Flüchtlinge eine zusätzliche Pauschale erhalten, die zu den übrigen Leistungen hinzugerechnet werden müssten.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler halte es nicht für sinnvoll, dass in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Job-Center, vor allem solche Flüchtlinge der Flüchtlingsintegrationsmaßnahme zugewiesen würden, die nicht aus einem Herkunftsland mit hoher Bleibeperspektive stammen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel schilderte, dass vorrangig die Flüchtlinge in Arbeit integriert werden müssten, die eine hohe Bleibeperspektive hätten und dauerhaft im Rhein-Kreis Neuss blieben.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive ohnehin SGB II-Ansprüche bestünden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass man reflektieren müsse, wie hoch die staatlichen Kosten seien die die Flüchtlinge vom Staat erhalten. Jeder Bürger zahle im Jahr 200 € an Hartz 4 Kosten und 200 € an die Bundesagentur für Arbeit. Man müsse sich über Fördermaßnahmen Gedanken machen. Am 26.08.2016 werde sich der Verwaltungsausschuss der Bundesagentur für Arbeit ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen. Abschließend betonte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, für eine gute Integration sei es wichtige, in Beschäftigung zu investieren und somit andere soziale Probleme zu vermeiden.

KA/20160824/Ö10

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

11. Sachstandsbericht zur Wohnungsbedarfsanalyse im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: II/1502/XVI/2016

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass mit der Erstellung der Wohnungsbedarfsanalyse für den Rhein-Kreis Neuss die Firma InWIS Forschung & Beratung GmbH beauftragt wurde. Am 30. September werde ein gemeinsames Gespräch mit den Städten und Gemeinden stattfinden.

Es bestehe weiterhin Handlungsbedarf hinsichtlich des bezahlbaren Wohnraums, merkte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke an.

KA/20160824/Ö11

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Wohnungsbedarfsanalyse im Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis.

**12. Beitritt des Rhein-Kreises Neuss als Träger der mit Wirkung zum 01. Januar 2017 in Kraft tretenden rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit der Bezeichnung „d-NRW AöR“
Vorlage: VI/1452/XVI/2016**

Protokoll:

Kreisdezernent Bijan Djir-Sarai erläuterte, dass die „d-NRW“ durch gezielten Einsatz von E-Government die interkommunale und kommunal-staatliche Kooperation der Verwaltungsebenen in Nordrhein-Westfalen fördere. Andere Organisationsformen hätten sich als nicht zielführend erwiesen. Es werde ein Stammkapital in Höhe von 1.000 € benötigt, laufende Kosten sowie eine Gewährträgerhaftung bestünden nicht.

KA/20160824/Ö12

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt den Beitritt des Rhein-Kreises Neuss als Träger der mit Wirkung zum 01. Januar 2017 in Kraft tretenden rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit der Bezeichnung „d-NRW AöR“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. Anträge

13.1. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 02.08.2016 zum Thema "Auswirkungen des Brexit auf die Wirtschaftlichkeit im Rhein-Kreis Neuss und diesbezügliche Anforderungen an die Kreiswirtschaftsförderung"

Vorlage: ZS5/1492/XVI/2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke führte aus, dass die Kreis-Wirtschaftsförderung plane, Firmen und Behörden aus Großbritannien in den Rhein-Kreis Neuss zu holen. Somit könne die Wirtschaft gestärkt werden.

Ein aktuelles Thema sei die Entwicklung eines Medizinparks im Rhein-Kreis Neuss. Es gebe erste Gespräche zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und dem Bundesgesundheitsministerium, erwähnte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, es sei wichtig, eine gute Kooperation mit Großbritannien aufzubauen, sodass dadurch die wirtschaftliche Zusammenarbeit gestärkt werde.

Man müsse sich frühzeitig mit dem Thema auseinandersetzen, so Kreistagsabgeordne-

ter Dieter Welsink. Es stünden in Zukunft wichtige und notwendige Entscheidungen an, um die Wirtschaft zu stärken. Diese Chance müsste genutzt werden.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler stimmte Kreistagsabgeordnetem Dieter Welsink zu und ergänzte, dass man sich schon jetzt Gedanken über passende Angebote machen sollte.

In der nächsten Kreisausschusssitzung am 21. September 2016 werde Herr Rainer Hornig, Prokurist der NRW.Invest GmbH, über Folgen des Brexit für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und im Rhein-Kreis Neuss sowie über die Aktivitäten von NRW.Invest und die Beteiligungsmöglichkeiten des Rhein-Kreises Neuss berichten, informierte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke abschließend.

KA/20160824/Ö13.1

Beschluss:

Dem Antrag der Kreistagsfraktion CDU und FDP vom 02.08.2016 zum Thema "Auswirkungen des Brexit auf die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss und diesbezügliche Anforderungen an die Kreiswirtschaftsförderung" wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13.2. Resolution der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 11.08.2016 zum Thema "Abschaffung des Kommunal-Soli"

Vorlage: 010/1508/XVI/2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann erläuterte den Antrag. Die Abgabe des Kommunal-Soli sei eine falsche und ungerechte Politik, da den Kommunen im Rhein-Kreis Neuss wichtige Einnahmen entzogen würden.

Man solle als betroffene Kommune mehr Respekt zeigen, führte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel aus. Es wurde bereits Klage eingereicht und man solle vorerst abwarten, wie das Gericht entscheiden werde. Die Umfinanzierung werde bis zum Jahr 2018 laufen, sodass in 2 Jahren die Kommunen einen Haushaltsausgleich erreichen könnten.

Ähnlich äußerte sich Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte, dass die Abundanzabgabe das falsche Instrument für die Stärkung der Kommunen sei. Es könne nicht richtig sein, dass die Kommunen belastet werden, die seit mehreren Jahren wirtschaftlich handeln und eine gute Finanzlage aufweisen.

Es sei zudem nicht gewährleistet, dass bis zum Jahr 2018 die Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt hätten, stellte Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann klar. Die finanziellen Belastungen stiegen jedes Jahr und seien kontinuierlich seit Jahren

gewachsen.

KA/20160824/Ö13.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Kommunal-Soli weiterhin abzulehnen und fordert die rot-grüne Landesregierung erneut auf, umgehend auf die Zwangsabgabe zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

10 Ja-Stimmen (7 CDU, 1 FDP, 1 UWG/Die Aktive, LR)

7 Nein-Stimmen (4 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Linke)

13.3. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 17.08.2016 zum Thema " Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen!"

13.4. Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2016 zum Thema "Olympia"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erläuterte den Antrag. Bis zum Jahr 2028 müssen noch viele Entscheidungen getroffen werden, es sei aber wichtig, bereits jetzt ein Signal zu setzen, das die Bereitschaft des Rhein-Kreises Neuss, die Olympischen Spiele in der Region auszurichten, vorhanden sei.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel verwies auf den Ergänzungsantrag der SPD Kreistagsfraktion und erläuterte. Dass der Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion zum falschen Zeitpunkt käme. Das Signal sei richtig, man müsse frühzeitig über das Thema informieren, damit zuallererst die Menschen für die Idee gewonnen würden.

Man müsse sich auch mit den Kosten auseinandersetzen, kritisierte Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler. Erfahrungen aus vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass die veranschlagten Kosten nicht ausreichend gewesen seien, sodass es zu einer Mehrbelastung kam. Insgesamt gebe es mehr Nachteile als Vorteile, wenn die Olympischen Spiele im Rheinland stattfinden würden.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, man müsse sich intensiv mit spezifischen Fragen, wie beispielsweise die Frage der Korruption oder des Dopings, auseinandersetzen.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erwähnte, dass auch die Gesellschaftspolitische Seite bei dem Thema behandelt werden müsste. Die Menschen müssten informiert und eingebunden werden. Er schlug vor, den Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion um den 2. Punkt des Änderungsantrages der SPD Kreistagsfraktion zu ergänzen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke rief zur Abstimmung über den kombinierten Antrag der CDU/FDP und SPD Kreistagsfraktionen auf.

KA/20160824/Ö13.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktionen vom 17.08.2016 zum Thema „Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen“ mit Ergänzung des Antrags der SPD Kreistagsfraktion vom 23.08.2016 zum Thema „Olympia“ wie folgt:

Der Kreisausschuss

1. begrüßt die Idee, die Olympischen Spiele 2028 in unserer Region stattfinden zu lassen
2. bittet den Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, erste Gespräche mit der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie der Stadt Köln aufzunehmen und dabei die Chancen und Möglichkeiten einer Bewerbung auszuloten. Über den Stand der Gespräche soll im Kreisausschuss vorgetragen werden.
3. ist sich bewusst, dass diese Idee erst die Menschen gewonnen werden müssen. Die Unterstützung der Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

13 Ja-Stimmen (7 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 UWG/Die Aktive)

3 Nein- Stimmen (2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke)

14. Mitteilungen

Protokoll:

Kreiskämmerer Ingolf Graul teilte mit, dass die vorläufigen Zahlen für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 durch das Innenministerium NRW bekanntgegeben wurden. Die Schlüsselzuweisungen würden gegenüber der ursprünglichen Planung um rund 20,3 Millionen Euro steigen.

Voraussichtlich werde die Kreisumlage im Jahr 2017 bei unverändertem Hebesatz, wegen geringerer Umlagegrundlagen, um 11.8 Millionen Euro sinken, was eine finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden zur Folge hätte.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel kündigte an, einen Antrag für den nächsten Kreistag im September zu stellen, in dem gefordert werde durch einen Beschluss die Kreisumlage zu senken.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass es bereits eine Erklärung zum Doppelhaushalt 2016/2017 gebe, der besage, dass ungeplante finanzielle Mehrbelastungen

vom Kreishaushalt getragen würden und dass bei einer finanziellen Verbesserung zu Gunsten der Städte und Gemeinden gehandelt werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann betonte, dass die genannten Werte lediglich Modellrechnungen seien und auf Schätzungen zurückzuführen wären. Für eine formale Entscheidung müssten konkret belegte Datengrundlagen vorhanden sein. Diese Daten würden nicht bis zum Kreistag Ende September vorliegen. Das Verfahren eines Nachtragshaushaltes müsste vorerst eingeleitet werden, bevor ein Beschluss gefasst werden könnte.

15. Anfragen

15.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2016 zum Thema "Förderprogramm Zukunftsnetz Mobilität NRW"

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass der Kreis keine Bewerbung anstrebe. Das Thema werde aber vorerst in der nächsten Bürgermeisterkonferenz am 31.08.2016 besprochen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Geppert
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. II/1547/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	24.08.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Sachstandsbericht zur Wohnungsbedarfsanalyse im Rhein-Kreis Neuss

Sachverhalt:

Mit der Erstellung der Wohnungsbedarfsanalyse für den Rhein-Kreis Neuss ist die Firma InWIS Forschung & Beratung GmbH beauftragt worden.

Am 30. September 2016 findet ein gemeinsames Auftaktgespräch mit den Städten und Gemeinden statt.

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. der

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	24.08.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 17.08.2016 zum Thema
"Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen"**

Anlagen:

Antrag CDU FDP Olympische Spiele



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An
Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

17. August 2016

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 24. August 2016

Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen!

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 24. August 2016 zu setzen.

Antrag

Der Kreisausschuss

1. Begrüßt die Idee, die Olympischen Spiele 2028 in der Metropolregion Rheinland stattfinden zu lassen.
2. Bittet Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, erste Gespräche mit der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie der Stadt Köln aufzunehmen und dabei die Chancen und Möglichkeiten einer Bewerbung auszuloten. Über den Stand der Gespräche soll im Kreisausschuss vorgetragen werden.

Begründung

Die Olympischen Spiele 2028 sind eine große Chance für unsere Region. Die Metropolregion Rheinland – und damit auch der Rhein-Kreis Neuss - wird nicht nur die Möglichkeit haben, sich als guter Gastgeber für internationale Sportlerinnen und Sportler zu präsentieren. Olympische Spiele in unserer Region werden auch einen Beitrag dazu leisten, unsere Kinder und Jugendlichen noch mehr für den Sport zu begeistern – und vielleicht auch einen wichtigen Impuls in Richtung Professionalisierung des Breiten- und Leistungssports setzen.

Die Voraussetzungen für Olympische Spiele in unserer Region sind gut: Bereits die Fußball-Weltmeisterschaften 2006 wie auch die Kanu-World-Cup-Veranstaltungen wurden erfolgreich ausgerichtet. 70% der Sportstätten für Olympische Spiele sind bereits vorhanden. 21 geeignete Olympia-Anlagen gibt es bereits in der Region. Ein Neubau von Sportstätten müsste lediglich in einem begrenzten Rahmen stattfinden.

Nicht zuletzt wird unsere Region durch Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen im Vorfeld der Spiele nachhaltig profitieren. Der Rhein-Kreis Neuss wird einen zusätzlichen Impuls für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und für die Sicherung von Arbeitsplätzen erfahren.

Nach seinen neuen Regeln vergibt das Internationale Olympische Komitee die Spiele nun auch an Regionen. Der Rhein-Kreis Neuss muss daher die Chancen und Möglichkeiten einer Bewerbung im Rahmen der Metropolregion Rheinland frühzeitig ausloten.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Rolf Kluthausen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1548/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	24.08.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2016 zum Thema "Olympia"

Anlagen:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema_Olympia



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

23. August 2016

Kreisausschusssitzung am 24. August 2016

Änderungsantrag zum Antrag der CDU/FDP „Olympische Spiele 2028 ins Rheinland holen“

Sehr geehrter Herr Landrat,
der Kreisausschuss

1. ist offen für die Idee, eine Olympia-Bewerbung für NRW mit einer „Rhein-Ruhr-Olympic-City“ zu unterstützen.
2. ist sich bewusst, dass dafür zuallererst die Menschen gewonnen werden müssen. Die Unterstützung der Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung.
3. bittet den Landrat, den Vorstoß der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und auch die Bereitschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie der Dom-Stadt Köln für eine Bewerbung für Olympische Spiele 2028 aktiv zu unterstützen und dafür auch zu werben.

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss
IBAN: DE8730550000059111054
BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

4. erwartet vom DOSB, den Startschuss für eine erneute Olympische Bewerbung zu geben und dabei die Idee „Olympische Spiele in unserer Metropolregion Rhein-Ruhr“ zu unterstützen.

Begründung:

Olympische Spiele 2028 wären eine große Chance für unsere Region. Die Metropolregion Rheinland und Ruhrgebiet, und damit auch der Rhein-Kreis Neuss, hätten die Möglichkeit, sich als gute Gastgeber für ein internationales großes Sportereignis zu präsentieren und Sportlerinnen und Sportler der ganzen Welt bei uns aufzunehmen. Olympische Spiele in unserer Region können einen Beitrag dazu leisten, unsere Kinder und Jugendlichen noch mehr für Sport zu begeistern und damit wichtige Impulse für die Stärkung des Breiten- und Leistungssports zu geben. Damit kann auch für die Unterstützung der Menschen in unserer Region positiv geworben werden. Unsere Bevölkerung ist sportbegeistert, und wenn es gelingt, Spiele nachhaltig mit Augenmaß und Umweltbewusstsein, dopingfrei mit Spaß am Sport zu gestalten, dann kann daraus ein Erfolg werden.

Die Voraussetzungen für Olympische Spiele sind gut.

Der Sportvermarkter Michael Mronz verweist darauf, dass NRW mit einer Bewerbung „Rhein-Ruhr-Olympic-City“ die notwendigen Strukturen und Voraussetzungen hätte. 70 % der Sportstätten wären bereits vorhanden. So z.B. der Hockey-Park in Mönchengladbach, die Veltins-Arena in Gelsenkirchen für Handball, die Esprit-Arena in Düsseldorf für Schwimmwettbewerbe.

Bekanntermaßen gibt es in Aachen gute Voraussetzungen für Reitsport, in Duisburg und Dortmund für Kanu und Ruderer.

Bereits die Fußball-Weltmeisterschaften 2006 wie auch die Kanu-World-Cup-Veranstaltungen wurden erfolgreich ausgerichtet. 21 geeignete Olympia-Anlagen gibt es bereits in der Region. Ein Neubau von Sportstätten müsste lediglich in einem begrenzten Rahmen stattfinden.

Nicht zuletzt wird unsere Region durch Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen im Vorfeld der Spiele nachhaltig profitieren. Der Rhein-Kreis Neuss wird einen zusätzlichen Impuls für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und für die Sicherung von Arbeitsplätzen erfahren.

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE8730550000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

Der Rhein-Kreis Neuss sollte daher die Chancen, dass unsere Region bei einer Olympia-Bewerbung dabei sein könnte, nutzen.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel MdL

- Vorsitzender -

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag

von 8:00 bis 15:30 Uhr

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1555/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	24.08.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 24.08.2016 zum Thema
"Satzung Metropolregion Rheinland"**

Anlagen:

Antrag DIE LINKE RKN KTF-Antrag Metropolregion Satzung-2016-08-24

Kirsten Eickler
 Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE.Kreistagsfraktion RKN, Fesserstr. 21, 41462 Neuss

Landrat Petrauschke
 -Kreistagsbüro_

DIE LINKE.Kreistagsfraktion Rhein-Kreis Neuss

Fesserstr. 21
 41462 Neuss

Per Email

Telefon 0178 1659088
 kirsten.eickler@dielinke-rhein-kreis-neuss.de

Betreff: Satzung Metropolregion Rheinland

Neuss, den 24.08.2016

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

wir werden in der Sitzung des Kreisausschusses am 24.08.2016 folgenden Antrag stellen.

Antrag:

Die VertreterIn des Rhein-Kreis Neuss wirkt auf folgende Satzungsänderung hin.

Alt	Neu
<p>§ 2 Vereinszweck</p>	<p>§ 2 Vereinszweck <u>6. Die Erreichung der Ziele des Vereins und der Vereinszweck sollen nach 2 Jahren evaluiert und konkretisiert werden.</u></p>
<p>§ 3 Mitgliedschaft und Beiträge 5. Mit der Gründung des Vereins wird folgenden Institutionen ein Gaststatus eingeräumt: a. den Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln b. den Regionalräten Düsseldorf und Köln, c. dem Regionalmanagement „Köln/ Bonn e.V.“, der „Standort Niederrhein GmbH“, der „Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Bergische Gesellschaft)“ und dem „Zweckverband Region Aachen“.</p>	<p>§ 3 Mitgliedschaft und Beiträge 5. Mit der Gründung des Vereins wird folgenden Institutionen ein Gaststatus eingeräumt: a. den Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln b. den Regionalräten Düsseldorf und Köln, c. dem Regionalmanagement „Köln/ Bonn e.V.“, der „Standort Niederrhein GmbH“, der „Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Bergische Gesellschaft)“ und dem „Zweckverband Region Aachen“, <u>d. dem Deutschen Gewerkschaftsbund DGB,</u> <u>e. den Umweltverbänden BUND NRW, Deutsche Umwelthilfe, klima-allianz deutschland</u></p>
<p>§ 6 Zusammensetzung der Mitgliederversammlung 2. Alle Mitglieder des Vereins gemäß § 3 Absatz 1 bis 3 entsenden drei Vertreter/ Vertreterinnen in die Mitgliederversammlung. Davon ist ein</p>	<p>§ 6 Zusammensetzung der Mitgliederversammlung 2. Alle Mitglieder des Vereins gemäß § 3 Absatz 1 bis 3 entsenden <u>bis zu sieben</u> Vertreter/ Vertreterinnen in die Mitgliederversammlung. Davon ist ein</p>

<p>Vertreter/ eine Vertreterin der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte/ die jeweilige Hauptverwaltungsbeamtin der kommunalen Gebietskörperschaft oder ein/e von der Gebietskörperschaft benannte/r Vertreter/in bzw. der Direktor/ die Direktorin des LVR. Die weiteren Vertreter/innen der kommunalen Gebietskörperschaft sind in der jeweiligen Gebietskörperschaft Mitglied des Rates, des Kreistages oder des Städteregionstages; die weiteren Vertreter/innen des LVR sind Mitglieder der Landschaftsversammlung. Die Vertreter/innen der stimmberechtigten Mitglieder haben die Stimme des Mitglieds jeweils einheitlich abzugeben.</p>	<p>Vertreter/ eine Vertreterin der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte/ die jeweilige Hauptverwaltungsbeamtin der kommunalen Gebietskörperschaft oder ein/e von der Gebietskörperschaft benannte/r Vertreter/in bzw. der Direktor/ die Direktorin des LVR. Die weiteren Vertreter/innen der kommunalen Gebietskörperschaft <u>sind die Vertreter/innen der unterschiedlichen in der jeweiligen Gebietskörperschaft vertretenen Fraktionen</u> und Mitglied des Rates, des Kreistages oder des Städteregionstages; die weiteren Vertreter/innen des LVR sind <u>die Vertreter/innen der jeweiligen Fraktionen in der Landschaftsversammlung</u> und Mitglieder der Landschaftsversammlung. Die Vertreter/innen der stimmberechtigten Mitglieder haben die Stimme des Mitglieds jeweils einheitlich abzugeben.</p>
--	---

Begründung:

Demokratiedefizit:

Alle Mitglieder des Vereins entsenden 3 Vertreter/innen in die Mitgliederversammlung. Davon ist ein Vertreter/ eine Vertreterin der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte/ die Hauptverwaltungsbeamtin. Das spiegelt die politische Vielfalt nicht wieder. Außerdem werden der DGB und die Umweltverbände nicht beteiligt. Die Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft etwa konnte durch die Änderung des Gesellschaftervertrages auf eine breitere demokratische Basis gestellt werden, was auch für den Verein Metropolregion Rhein wünschenswert wäre.

Überschneidungen:

Durch die geplante Mitgliedschaft des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg in dem Verein sind sie in einer Zwitterrolle und können theoretisch Fördermittel für den Regionalverband Ruhr und für die Metropolregion Rheinland abgreifen. Problematisch ist zudem, dass einige Mitgliedskörperschaften des LVR nicht gleichzeitig Mitglieder des Vereins Metropolregion Rheinland sein werden, die Mitgliedschaft des LVR aber über die Umlage mitfinanzieren.

Intransparenz:

Diese droht zum einen durch den sehr hierarchischen Satzungsentwurf des Vereins, zum anderen sind die Aufgaben und der Zweck des Zusammenschlusses nur abstrakt beschrieben und bedürfen einer Konkretisierung. Wann soll die Arbeit des Vereins evaluiert werden?

Mit freundlichen Grüßen



Kirsten Eickler
Fraktionsvorsitzende

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1546/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	24.08.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema
"Förderprogramm Zukunftsnetz Mobilität NRW"**

Sachverhalt:

Zur weitergehenden Information des Kreisausschusses über das in der Anfrage angesprochene Förderungsangebot ist der sogenannte Fördersteckbrief des Programms „Kommunales Qualitätsmanagement“ als **Anlage** beigefügt.

Ziel des Programms ist die dauerhafte Etablierung zentraler Mobilitätsmanagementstrukturen in den Verwaltungen. Das Förderprogramm des Zukunftsnetzes Mobilität NRW unterstützt diesen Prozess durch eine begleitende externe organisatorische Beratung und durch sechs Beratertage.

Das einzurichtende Mobilitätsmanagement soll fach- und verkehrsmittelübergreifend auf eine möglichst nachhaltige Mobilitätsentwicklung hinwirken. Die Wahrnehmung der eigentlichen Managementaufgaben werden durch das Programm finanziell nicht gefördert. Hierfür ist die Bereitstellung eigener finanzieller und personeller Ressourcen erforderlich. Dies gilt insbesondere für die Schaffung der neuen Stelle eines Mobilitätsmanagers mit entsprechender Qualifizierung.

Eine Bewerbung des Rhein-Kreises Neuss an dem Programm ist nicht beabsichtigt.

Anlagen:

Anfrage Bündnis 90_Die Grünen Förderung Mobilitätsmanagement
Anlage Förderprogramm _Kommunales Mobilitätsmanagement_
TV

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax +49 2181 6012400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 17. August 2016
Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

Förderprogramm "Zukunftsnetz Mobilität NRW"

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

das Zukunftsnetz NRW ist eine Initiative des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV NRW), die jetzt alle Kreise und Städte in NRW über das o.g. neue Förderprogramm informiert hat (www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de/verstetigung_komm).

Das Zukunftsnetz Mobilität NRW unterstützt Kommunen bei der Herausforderung, nachhaltige Mobilitätsangebote zu entwickeln, zu vernetzen und zu bewerben. Diese Herausforderung trifft nicht nur immer wieder auf Ressourcenknappheit, sondern auch auf die Notwendigkeit, dass Akteure unterschiedlicher Fachrichtungen kooperieren müssen. Mit dem Förderprogramm „Kommunales Mobilitätsmanagement“ unterstützt das MBWSV NRW die Großstädte und Kreise bei der Etablierung einer zukunftsfähigen Kommunikations- und Kooperationskultur.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, im **Kreisausschuss am 24. August 2016** um Auskunft darüber, ob sich der Rhein-Kreis Neuss - als einem von vier Kreisen in NRW - um die Teilnahme an der entsprechenden Prozessberatung bewirbt. Der Rhein-Kreis Neuss würde dabei unterstützt, das Thema Mobilität als fachübergreifende Herausforderung anzugehen und seinen Blick für die Belange einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung zu schärfen.

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

STECKBRIEF

Förderprogramm „Kommunales Mobilitätsmanagement“

Inhalt

1. Das Anliegen des Förderprogramms.....	2
2. Das Konzept des kommunalen Mobilitätsmanagements	2
3. Unterstützungsleistung für die Kommunen	3
4. Aufgaben der Kommunen und möglicher Projektverlauf	3
5. Teilnahmebedingungen.....	6
6. Bewerbungsunterlagen.....	6
7. Die Auswahl der Kommunen.....	6
8. Bewerbung und Meldefrist.....	7

1. Das Anliegen des Förderprogramms

Mit dem Förderprogramm erhalten vier Großstädte und vier Kreise in Nordrhein-Westfalen eine Prozessberatung und Unterstützung bei der Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur Etablierung eines kommunalen Mobilitätsmanagements. Das Förderprogramm läuft von Oktober 2016 bis Dezember 2017.

In der Vergangenheit hat sich oft gezeigt, dass Kommunen einzelne Aspekte eines Mobilitätsmanagements umsetzen. Jedoch ist die Umsetzung des umfassenden strategischen Ansatzes des kommunalen Mobilitätsmanagements bisher selten versucht worden. Ziel des Förderprogramms ist es aufzuzeigen, wie der Übergang von Einzelmaßnahmen zu diesem Gesamtansatz gelingen kann.

Ein wichtiger erster Schritt ist, das Thema Mobilität als kommunale Querschnittsaufgabe zu begreifen und durch fachbereichsübergreifende Kooperationsstrukturen ein abgestimmtes kommunales Planen und Handeln zu ermöglichen. Die Erfahrungen in den beiden Modellkommunen Bergisch-Gladbach und Alfter des Förderprojektes Kommunales Mobilitätsmanagement in der Zeit von 2013-2016 haben gezeigt, dass die Organisation des verwaltungsinternen Prozessablaufs und die Einbindung von „verkehrsfernen“ Fachbereichen die Schlüsselstelle des kommunalen Mobilitätsmanagements darstellen.

Ein wirksames kommunales Mobilitätsmanagement befähigt Führungskräfte und Mitarbeiter_innen dazu, Veränderungen gemeinsam, konsequent und nachhaltig anzugehen. Entscheidend ist die Etablierung von neuen Routinemustern in der Verwaltung, die eine wirksame und effiziente Kooperationskultur nach sich ziehen.

Ziele des Förderprogramms

- Mobilität als Querschnittsaufgabe begreifen, interne Kooperationsstrukturen stärken und die Einbindung verkehrsferner Fachbereiche ermöglichen.
- Führungskräfte und Mitarbeiter befähigen, die Veränderungen gemeinsam, konsequent und nachhaltig anzugehen.
- Installation und Benennung eines/einer Mobilitätsmanager_in mit dem Ziel der zentralen Gesamtkoordination des kommunalen Mobilitätsmanagements.

2. Das Konzept des kommunalen Mobilitätsmanagements

Das kommunale Mobilitätsmanagement hat die Aufgabe, das Planen und Handeln der für Mobilität und Verkehr zuständigen Fachstellen der öffentlichen Verwaltung zu koordinieren mit dem Ziel, nachhaltige Mobilitätsangebote für die Verkehrsteilnehmer und Verkehrserzeuger zu entwickeln, zu vernetzen und zu bewerten.

Dies erfordert einen strukturierten, kontinuierlichen fachbereichsübergreifenden Abstimmungs- und Entscheidungsprozess, in dem Maßnahmen aus den Bereichen der Verkehrsplanung, des Bau- und Planungsrechts,

der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Öffentlichkeitsarbeit, des Bürgerdialogs und des Dialogmarketings zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden, die auch bei kleinteiligen Maßnahmen ein zielführendes Vorgehen gewährleistet.

Die Verteilung der Verantwortung für Mobilität und Verkehr auf verschiedene Fachbereiche führt oftmals zu einer Verlangsamung der Entscheidungsprozesse und zu Parallelarbeiten. Kommunales Mobilitätsmanagement fördert die Vernetzung und Kommunikation innerhalb der Verwaltung und eröffnet dadurch neue Möglichkeiten. Durch bessere Koordination können Konkurrenzdenken und Doppelstrukturen vermieden werden, die Einzelmaßnahmen kommen durch die Eingliederung in Gesamtzusammenhänge besser zur Entfaltung.

Die Erfahrungen aus den beiden Modellkommunen haben gezeigt, dass das kommunale Mobilitätsmanagement das Zusammenspiel innerhalb der Verwaltung und zwischen den Verkehrsmitteln verbessert.

3. Unterstützungsleistung für die Kommunen

Die ausgewählten Kommunen erhalten sechs Beratertage (Prozessberatung) durch ein externes Beraterbüro zu einer fachbereichsübergreifenden Kooperationskultur in der Verwaltung.

- Die Kommunen werden durch gezielte Impulse dabei unterstützt, das Thema Mobilitätsmanagement in ihrer Kommune dauerhaft zu etablieren.
- Der externe Berater unterstützt die zentralen Schlüsselspieler in der Kommune gezielt beim Aufbau tragfähiger Strukturen.
- Der externe Berater hilft, das Zusammenspiel verkehrsnaher und verkehrsferner Ressorts in einer Kommune zu ermöglichen.

Darüber hinaus erhalten die Kommunen die fachliche Beratung zu den Handlungsfeldern des Mobilitätsmanagements durch die jeweilige regionale Koordinierungsstelle des „Zukunftsnetz Mobilität NRW“.

4. Aufgaben der Kommunen und möglicher Projektverlauf

Es ist Aufgabe der Kommune, ein Konzept für die Etablierung eines kommunalen Mobilitätsmanagements zu erstellen und umzusetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen Koordinierungsstellen und Kommunen wird in einer Kooperationsvereinbarung geregelt. Das veraltungsintern abgestimmte Konzept ist der Koordinierungsstelle des „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ bis zum 31.12.2017 vorzulegen.

Eine endgültige Festlegung der Vorgehensweise erfolgt natürlich in enger Abstimmung mit den ausgewählten Kommunen. Die Ausgestaltung der einzelnen Projektphasen und Arbeitspakete ist abhängig von den jeweiligen schon vorhandenen Strukturen und Fachplanungen in den jeweiligen Kommunen.
Ein möglicher Projektverlauf wird im Folgenden skizziert.

- Erstgespräch mit dem/der Hauptverwaltungsbeamten_in
Dieses Gespräch ist von entscheidender Bedeutung, da zwischen der Behördenleitung und dem Beraterteam ein hohes Maß an Vertrauen bestehen muss. Hier wird die Vorgehensweise des Beratungsprozesses abgesprochen.
- Vorstellung des Ansatzes im Verwaltungsvorstand (VV)

Die Querschnittsaufgabe Mobilitätsmanagement betrifft alle Dezernate der Kommunalverwaltung. Eine frühzeitige Einbindung ist die Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Beratern und der Leitungsebene. Hier können erste Problemkonstellationen im Bereich der Kooperation zwischen den Dezernaten bzw. Fachbereichen diskutiert werden.
Außerdem soll hier abgestimmt werden, wer die Funktion eines Mobilitätsmanagers übertragen bekommt.

- Benennung einer/eines kommunalen Mobilitätsmanagers_in

Für die erfolgreiche Umsetzung des kommunalen Mobilitätsmanagements braucht es eine zentrale Gesamtkoordination, die Prozesse anstößt, die fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppen organisiert und bei gemeinsamen Projekten die Teilschritte abstimmt (Mobilitätsmanager_in). Mit ihm/ihr werden alle Schritte der Prozessberatung abgestimmt. Ebenso ist der Mobilitätsmanager zuständig für die organisatorische und logistische Vorbereitung der kommunalen Workshops.

Wichtig für die Akzeptanz in der Verwaltung ist, dass die Federführung für die einzelnen Maßnahmen unverändert bei den beteiligten Fachbereichen liegt. Wichtig ist, dass der „Koordinator“ (Mobilitätsmanager_in) auf einer höheren Ebene der Verwaltungsebene angesiedelt ist

Diese Querschnittsaufgabe kann zu internen Abstimmungsproblemen führen. Eine eindeutige Dienstanzweisung kann hier Klarheit schaffen und damit Reibungsverluste verhindern bzw. verringern. Eine Musterdienstanzweisung wird von der Koordinierungsstelle zur Verfügung gestellt.

Der Mobilitätsmanager nimmt an den Sitzungen zum Informations- und Erfahrungsaustausch der anderen Modellkommunen teil.

- Einrichtung eines Lenkungskreises

Die frühzeitige Einrichtung eines Lenkungskreises ist zu empfehlen. Wichtig ist, dass zu verschiedenen Planungsstufen die Rückkoppelung mit der Entscheidungsebene stattfindet. Damit ist die Gefahr gebannt, dass ein erarbeitetes Handlungskonzept zum Schluss von der Entscheidungsebene abgelehnt wird. Etwaige Anregungen und Bedenken werden so in Entstehungsprozesse frühzeitig eingebunden.

Der Lenkungsreis übernimmt die Gesamtleitung des Mobilitätsmanagements innerhalb der Verwaltung. Unter seiner Anleitung ist zu klären, was unter den strukturellen und finanziellen Gegebenheiten in welchen Zeiträumen leistbar ist. Natürlich kann hierzu auch eine bestehende Abstimmungsrunde bzw. Arbeitskreis genutzt werden.

- Einzelgespräche mit Fachbereichsleitern_innen
- Auch in diesen Gesprächen geht es um Vertrauensbildung, Einstellungen und Hemmnisse können hier erkannt werden. Ebenso gilt es, hier ersten Vorhalten zu begegnen. Ebenso soll die Sichtung aktueller Planungsstände und die Identifikation relevanter Akteure hierüber erfolgen.
- Strategieworkshop mit den Leitern der Fachbereichsebene
- Im Strategieworkshop geht es neben den fachlichen Aspekten vor allem um methodische Kompetenzen. Hierbei geht es in erster Linie um die Aneignung von neuen Formen der Zusammenarbeit (kooperatives Planen) zur Steigerung der Organisationsproduktivität. Die Konzeption und Durchführung des WS ist Aufgabe des Beraterbüros.

- Auftaktworkshop mit der Arbeitsebene
- Hier sollen die Mitarbeiter der Kommunalverwaltung aus den verschiedenen Fachbereichen eingebunden werden. Folgender Ablauf ist denkbar:

- a) Begrüßung und Aufgabenstellung: OB/LR
- b) Vortrag: Mobilitätsmanagement (Koordinierungsstelle)
- c) World Cafe: einzelne Themenbereiche des Mobilitätsmanagements
- d) Abstimmung über weitere Vorgehensweise

Es gilt einzelne Schwerpunktthemen herauszustellen und ein abgestimmtes Planen und Handeln der einzelnen Fachbereiche zu gewährleisten.

- Themenbezogene Teams
- In themenzogen Teams (z.B. Radverkehr, Fußgängerverkehre, Parkraummanagement, etc.) arbeiten die Mitarbeiter dezernatsübergreifend maßnahmenorientierte Handlungsoptionen heraus. Die Vertreter der Koordinierungsstellen leisten bei Bedarf fachlichen Input.
- Bei Bedarf können die Leiter der Teams in einer einträgigen Fortbildung zu Moderationstechniken und zum kooperativen Planen geschult werden.

5. Teilnahmebedingungen

Antragsberechtigt sind alle Großstädte (über 100.000 Einwohner) und Kreise in Nordrhein-Westfalen.

Folgende Bewerbungsvoraussetzungen müssen erfüllt sein:

- Der/die Hauptverwaltungsbeamte_in bestätigt die Zielsetzung einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung und die Einführung eines umfassenden Ansatzes für das kommunale Mobilitätsmanagement.
- Die Kommune befindet sich in der Aufstellung bzw. Umsetzung eines kommunalen Mobilitätskonzeptes (z.B. VEP, Klimaschutzkonzept Mobilität) oder in weiteren kommunalen Fachplänen (z.B. NVP) sind Vorgaben zu multimodalen Mobilitätsangeboten vorhanden.
- Einzelne Aktivitäten des kommunalen Mobilitätsmanagements befinden sich bereits in der Umsetzung.

6. Bewerbungsunterlagen

Die Bewerbungsunterlagen umfassen folgende Teilbereiche:

- Letter of Intent des Hauptverwaltungsbeamten_in
- Angaben zur Kommune
 - Daten zur Kommune
 - Zielvorgaben und Planungsstände im Bereich Mobilität/Verkehr
 - Zuständigkeitsregelung in der Verwaltung
 - Maßnahmen im Bereich der zielgruppen- bzw. standortbezogenen Mobilitätsmanagements
- Ideenskizze zum Mobilitätsmanagement

Die Bewerbungsunterlagen können auf der Internetseite www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de/versteigerung_komm heruntergeladen werden. Zur Erleichterung des Ausfüllens stellen wir Ihnen diese gerne als Word-Dokument zur Verfügung. Bitte fordern Sie diese bei Ihrer regionalen Koordinierungsstelle an.

7. Die Auswahl der Kommunen

Die Modellkommunen werden von einer Jury ausgewählt. Dieser Jury gehören folgende Vertreter an:

- Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
- Vertreter der regionalen Koordinierungsstellen des „Zukunftsnetz Mobilität NRW“

8. Bewerbung und Meldefrist

Interessierte Kommunen reichen ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum **23. September 2016** bei ihrer regionalen Koordinierungsstelle ein.

Für Rückfragen stehen die Koordinierungsstellen gerne zur Verfügung (Adressen siehe letzte Seite).

Mit freundlicher
Unterstützung von:



Die regionalen Koordinierungsstellen

Rheinland / Geschäftsstelle NRW

Sitz: Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH
Glockengasse 37-39 | 50667 Köln
Ansprechpartner: Theo Jansen
Tel. 0221 / 20808-732
zukunftsnetz-mobilitaet@vrsinfo.de

Westfalen

Sitz: Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH
Krögenweg 11 | 48155 Münster
Ansprechpartner: Dr. Andreas Leistkow
Tel. 0251 / 6270-120
koordinierungsstelle.westfalen@wvg-online.de

Sitz: Westfälische Provinzial Versicherung AG
Provinzial-Allee 1 | 48159 Münster
Ansprechpartnerin: Silke Schmidtmann
Tel. 0251 / 219-3835
koordinierungsstelle.westfalen@wvg-online.de

Rhein-Ruhr

Sitz: Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR
Augustastr. 1 | 45879 Geisenkirchen
Ansprechpartner: Michael Zyweck
Tel. 0209 / 1584-332
zukunftsnetz-mobilitaet@vrr.de

Ostwestfalen-Lippe

Sitz: Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter
Bahnhofstr. 27a | 33102 Paderborn
Ansprechpartner: Matthias Toups
Tel. 05251 / 1233-49
zukunftsnetz-mobilitaet@nph.de

Für nähere Auskünfte und die nächsten Schritte stehen die Ansprechpartner_innen der vier regionalen Koordinierungsstellen gerne zur Verfügung.

www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de



Mit freundlicher
Unterstützung von:



Ausbau des schnellen Breitbandnetzes



Aktivitäten der Deutschen Glasfaser

(Stand: 24.08.2016; Quelle: Deutsche Glasfaser)

rhein
kreis
neuss

Titelbild: Leerrohrabzweig zu einem Gebäude für Fibre-To-The-Home, Autor Johnsson, wikipedia

rhein
kreis
neuss

2

Nachfragebündelung:

Stadt Grevenbroich:

Neukirchen

Gemeinde Jüchen:

Hackhausen

Stadt Korschenbroich:

Herrenshoff, Kleinenbroich, Korschenbroich, Neersbroich, Pesch, Raderbroich

Stadt Neuss:

Grimlinghausen, Grefrath, Allerheiligen


3

Ausbauplanung:

Gemeinde Rommerskirchen:

Anstel, Frixheim, Butzheim, Nettesheim, Sinsteden, Vanikum


4

Baumaßnahmen:

Stadt Grevenbroich:

Hemmerden, Hülchrath, Kapellen, Kapellen-Neubaugebiet, Langwaden, Mühlrath, Münchrath,

Gemeinde Jüchen:

Aldenhoven, Bedburdyck, Damm, Garzweiler, Hochneukirch, Holz, Hoppers, Jüchen, Kelzenberg, Mürmeln, Neu-Otzenrath, Neuenhoven, Rath, Schaan, Schlich, Stessen, Waat, Wallrath, Wey

Stadt Korschenbroich:

Drösholz, Epsendorf, Glehn, Liedberg-Steinhausen, Lüttenglehn, Rubbelrath-Steinforth, Scherfhausen, Schlich

Stadt Neuss:

Helpenstein, Speck, Wehl, Hoisten, Bettikum, Schlicherum, Rosellen, Uedesheim

Gemeinde Rommerskirchen:

Evinghoven, Oekoven, Deelen, Ueckinghoven, Ramrath, Villau, Hoeningen, Widdeshoven